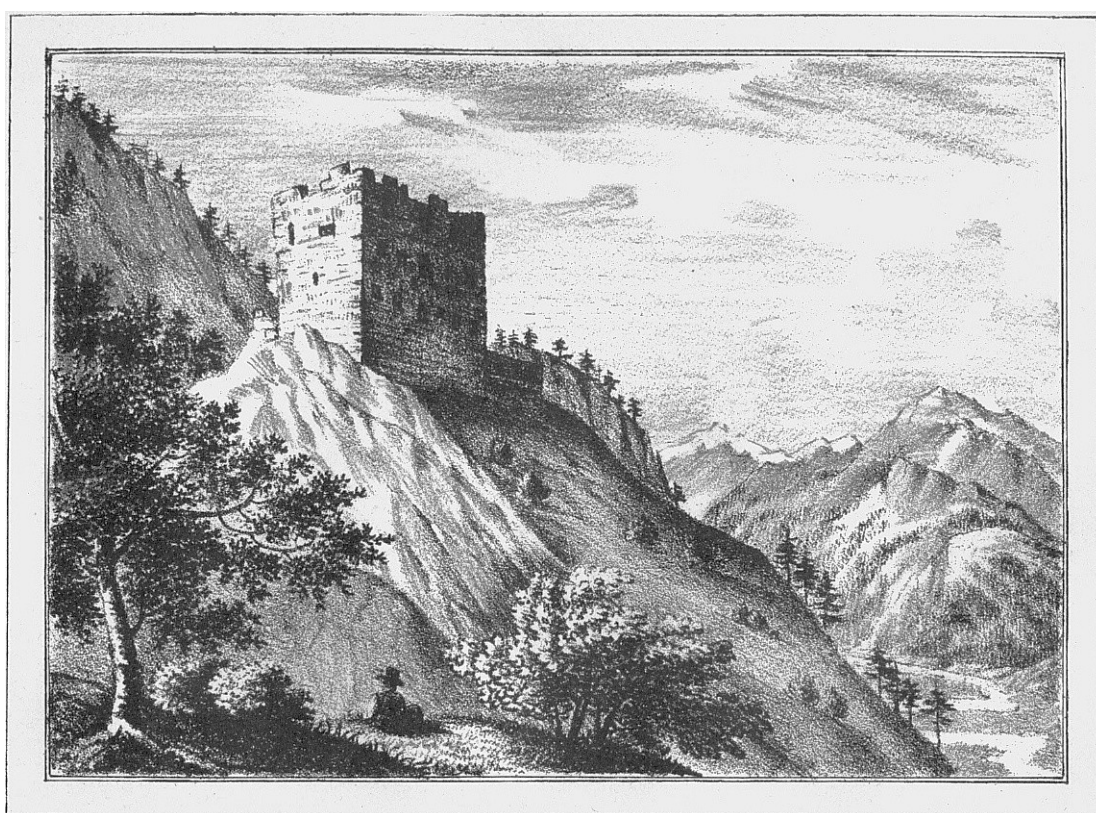


Unterbazer Burgenverein

Im Zeichen der Burg

~

Texte zur Dorfgeschichte von
Unterbaz



2025

Kantonale Volksabstimmung

Eine Publikation des Burgenvereins Untervaz
Weitere Texte zur Dorfgeschichte auf der [Webseite](#) des Burgenvereins verfügbar
Kontakt: dorfgeschichte@burgenverein-untervaz.ch

Kantonale Volksabstimmung

Quelle: Gemeinde

Autor: Gemeinde

Herausgeber: Gemeinde Untervaz

Kategorie: Gemeinde

Datum: 2025

Dok.Nr. 2025-KGE-QGE-10077

Aufzeichn.-Datum: 30.11.2025

Zusammenfassung: Am 30. November wurde u.a. über die kantonale Initiative 'Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt' auch in Untervaz abgestimmt. Die Vorlage wurde sowohl im Kanton als auch auf Gemeindeebene angenommen.

Anzahl Seiten: 6



Parlament Graubündens (Quelle: SRF - Keystone)



Protokoll der kantonalen Volksabstimmung vom 30. November 2025

Statistische Angaben

Anzahl Stimmberechtigte	1'958
davon Auslandschweizerinnen und -schweizer	43

Ergebnisse

Vorlage 1a **Kantonale Volksinitiative «Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt»**

Stimmzettel				Resultat					
eingegangene	davon leere	davon ungültige	in Betracht fallende	ohne Antwort	ja	nein	ja in %	nein in %	Stimmbet. in %
699	0	6	693	7	484	202	70.55	29.45	35.70

Vorlage 1b **Gegenvorschlag des Grossen Rats «Teilrevision des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der Regierung»**

Stimmzettel				Resultat					
eingegangene	davon leere	davon ungültige	in Betracht fallende	ohne Antwort	ja	nein	ja in %	nein in %	Stimmbet. in %
699	0	6	693	35	265	393	40.27	59.73	35.70

Vorlage 1c **Falls die kantonale Volksinitiative und der Gegenvorschlag angenommen werden:**

Stimmzettel				Resultat					
eingegangene	davon leere	davon ungültige	in Betracht fallende	ohne Antwort	Volksinitiative	Gegenentwurf	VI in %	GE in %	Stimmbet. in %
699	0	6	693	146	355	192	64.90	35.10	35.70



Protokoll der kantonalen Volksabstimmung vom 30. November 2025

Unterzeichnung Gemeindestimmbüro

Die Richtigkeit des vorstehenden Protokolls bekräftigen
mit Stempel und Unterschrift

Präsident/-in Stimmbüro:

Rufin
Untervaz

Stempel



den

30.11.25

Aktuar/-in Stimmbüro:

[Signature]



Parlament will Ruhegehalt der Regierung auf drei Jahre begrenzen

Aus Regionaljournal Graubünden vom 11.06.2025

BILD: KEYSTONE/GIAN EHRENZELLER

News > Schweiz > Abstimmungen 30.11.2025 >

Abstimmung Kanton Graubünden

Kein lebenslanges Gehalt mehr für Bündner Regierungsmitglieder?

Abtretende Bündner Regierungsmitglieder sollen keinerlei Geld mehr erhalten. Das verlangt eine SVP-Initiative. Der Gegenvorschlag will beim Ruhegehalt deutlich abspecken.

Mittwoch, 12.11.2025, 17:47 Uhr

TEILEN

Darum geht es: Wer sich als Regierungsrätin oder als Regierungsrat im Kanton Graubünden zur Ruhe setzt, erhält bis an sein Lebensende ein Ruhegehalt – maximal rund 115'000 Franken pro Jahr, abhängig von der Amtsdauer. Noch. Dieses soll abgeschafft werden. Darüber sind sich die Parteien einig. Strittig ist, was darauf folgen soll.

Das will die «Fallschirm»-Initiative: Das Ruhegehalt soll ersatzlos gestrichen werden. Wer als Regierungsrätin oder Regierungsrat zurücktritt, abgewählt wird oder in Pension geht, soll weder Ruhegehalt noch Abfindung oder sonstige Abgangsentschädigungen erhalten. Urheberin der Initiative ist die Bündner SVP. Rund 4300 Personen haben sie unterschrieben.



Ob und wenn ja, wie lange ehemalige Regierungsmitglieder noch Geld erhalten sollen, darüber wird Ende November abgestimmt.

KEYSTONE / CHRISTIAN BEUTLER

Das sind die Argumente für eine Abschaffung: Ein Jahresgehalt von rund 270'000 Franken reicht laut SVP aus, um sich finanziell abzusichern. Auch für die Zeit nach der Regierungstätigkeit. Ehemalige Regierungsrätinnen und Regierungsräte würden nach ihrer Amtszeit problemlos eine neue Anstellung finden. SVP-Grossrat und Fraktionspräsident Walter Grass geht es ums Prinzip: «Es geht nicht so sehr um den Spareffekt. Es sollen einfach keine Steuergelder gebraucht werden, um Ruhegehälter zu finanzieren.»



Findet, ein lebenslanges Ruhegehalt sei nicht mehr zeitgemäss: SVP-Grossrat Walter Grass.

KEYSTONE/GIAN EHRENZELLER

Das will der Gegenvorschlag: Ehemalige Bündner Regierungsmitglieder sollen maximal drei Jahre lang eine Übergangsleistung von 110'000 Franken jährlich erhalten. Die Regierung ist gegen die Abschaffung des Ruhegehalts und hat den Gegenvorschlag ausgearbeitet. Unterstützt wird dieser von der Mitte-Partei, FDP, GLP, Grünen und SP und fand im Parlament mit 91:24 eine deutliche Zustimmung.

Das sind die Argumente für den Gegenvorschlag: Der Gegenvorschlag sei eine deutliche Kürzung des Ruhegehalts. Es soll sichergestellt werden, dass Regierungsrätinnen und Regierungsräte unabhängig bleiben. Andernfalls müssten sie sich bereits während der Amtszeit um eine Anschlusslösung kümmern. Mitte-Grossrat Gian Michael argumentiert: «Eine neue Anstellung zu finden, ist nicht immer einfach. Das Führen einer Verwaltung ist nicht vergleichbar mit einer Führungsposition in der Privatwirtschaft.»



Findet die Fallschirm-Initiative zu rigoros: Regierungsrat des Kantons Graubünden.

KEYSTONE / YANIK BÜRKLI

Das wäre der jeweilige Spareffekt: Gemäss Abstimmungsunterlagen würde der Kanton Graubünden bei Annahme der Initiative 1.3 Millionen Franken jährlich sparen, beim Gegenvorschlag wären es jedes Jahr 1.15 Millionen Franken.